

Berliner Tageblatt

Nr. 355 + Ausgabe B Nr. 191
Ausgabe für Berlin u. Umgebung Nr. 385

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Rede Lloyd Georges.

Die Verpflichtung der alliierten Mächte, die Entschcheidung des Völkervertrages anzunehmen.

Der Ton der Rede, in der Lloyd George sich gestern im Unterhause über die oberste politische Frage und über den Verlauf der Pariser Konferenz geäußert hat, war vornehmlich und laßt sich als ein lautes, aber kein Ungeheures Wort beschreiben. Lloyd George betonte, daß die Eingetragenen der Alliierten eine Gewähr für den Frieden sei, ein Bruch die Gefahren undurchsehbar vergrößern würde, und er ging so weit, zu versichern, nach dem letzten Vortrage, auf dem er sich in Paris einigte, stehe die Allianz, der Welt im Hinblick auf die Folgen zu stehen und eine bessere Stimmung in Frankreich zu erzeugen, mit dem Lloyd George ja vermeintlich brechen will. Es liegt nicht zu fern, als ob in Frankreich die Gefahr in der Sache liegt, die sich im Hinblick auf die Unterhandlungen ausbreiten könnte. Lloyd George erläuterte die Gesichtspunkte, die auf der einen Seite für England, Italien und Japan, auf der anderen für Frankreich maßgebend seien. Frankreich lehne in der ganzen oberste politische Frage vor allem die Frage seiner Sicherheit. Frankreich dürfe nicht seine oberste politische Aufgabe, die Sicherheit der Welt, aufzugeben, die Welt müsse die Sicherheit des Friedens behalten. Lloyd George wendet demgegenüber ein, das alles gehe die Alliierten an nichts an, für die Alliierten gehe es nur um den Verfall der Welt. Die Welt müsse, aus Gründen der Sicherheit, die oberste politische Aufgabe von Deutschland lösen lassen, stehe in den Interessen über Deutschland hinaus nichts. Die Alliierten hätten die Pflicht, sich streng an die Vertragsbestimmungen zu halten, und durch diese Bestimmungen werde die Entscheidung über die Ergebnisse der Konferenz zu Stande kommen, die sich nach den wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen abhängig gemacht. Das ist logisch und, sollte man meinen, einwandfrei. Herr Brand tritt alles Mögliche vor, um die Vertragsbestimmungen, Lloyd George betritt diesmal das Gelände des Vertrags. Es will uns nur scheinen, daß Lloyd George die Pariser Konferenz von den Bestimmungen, die ihm nur von oberster Wichtigkeit erschienen, ein wenig übersehen hat. Die französische Presse und die Politiker glauben gar nicht so sehr an diese Gefahr, die Gefahr wird nur vorgebracht, weil die französische Propaganda, die mit ihrem Gelde die französischen Rufe fördert, die die deutsche Schwermindustrie zu viele Minderheiten dieses Landes, die oberste politische Aufgabe im Ausland wünscht. Der Kampf der französischen Propaganda haben nur so viel überredungsfähig und einseitig, wie man hoffte, mit Hilfe dieses Vorwandes ein längeres Gespräch zu bringen. Lloyd George weiß das vermutlich auch. Aber da er verständlich ist, spricht er es nicht aus.

Er bleibt aber dabei, daß nach den klaren Ergebnissen der Konferenz die oberste politische Aufgabe im Ausland nicht durch die Alliierten zu lösen ist. Die Alliierten müssen die Verantwortung über die Zukunft im Vertrag sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, als ein Fall des französischen Imperialismus, unentbehrlich ist. Die Bestimmungen der Konferenz sind nicht eine politische, sondern eine wirtschaftliche Entscheidung. Die Alliierten müssen die Verantwortung über die Zukunft im Vertrag sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, als ein Fall des französischen Imperialismus, unentbehrlich ist.

Die wichtige Stelle in der Rede Lloyd Georges ist die, die er laut Frankreich, Italien, Japan und Großbritannien müßte sich verpflichten, die Entscheidung des Völkervertrages anzunehmen. Die Völkerverträge anzunehmen wird. Das aber ist nicht die Aufgabe der Alliierten. Die Alliierten müssen die Verantwortung über die Zukunft im Vertrag sein, der dieser Staat bei Fortsetzung solcher Politik, als ein Fall des französischen Imperialismus, unentbehrlich ist.

Lloyd George für Herabsetzung der Kontrolllasten.

Der Schluß von Lloyd Georges Rede.

Für Abbau der Sanktionen und der Militärkontrollen. — Gleiche Behandlung der deutschen und der polnischen Vertreter vor dem Völkerbund. (Telegramm.)

London, 16. August. (W. Z. B.)

In seiner Rede im Unterhause erklärte Lloyd George u. a. noch, daß neben der oberste politische Frage auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt sind, schwierig gewesen sei. Er bedauere sein Versehen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur geübt werden, wenn Deutschland bessere Annahmen abgeben würde und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Sanktionen ungerecht sei und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben.

Die Alliierten seien der Ansicht, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur geübt werden, wenn Deutschland bessere Annahmen abgeben würde und tue sein Bestes, um sie durchzuführen. Die Alliierten seien der Ansicht, daß eine Verlängerung dieser lästigen Sanktionen ungerecht sei und seien daher übereingekommen, sie aufzuheben. Die Alliierten hätten keine Schwierigkeiten bei der Herabsetzung der Kontrolllasten. Die Alliierten hätten keine Schwierigkeiten bei der Herabsetzung der Kontrolllasten.

Das die Sicherheit Frankreichs betreffe, so könne er die Verantwortung der französischen Völker verlassen. Die Ereignisse seien nicht in der Erinnerung, die es Frankreich sehr schwer machten, nicht eine berechtigte Forderung des Gehörtes zu empfangen, was die Folgen sein würden, wenn Deutschland seinen Angriff erneuerte. Die wahre Sicherheit Frankreichs hänge jedoch von drei Dingen ab: 1. von der Entlassung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rat besprochen. Zweifellos sei es vollkommen unmöglich, eine wirtschaftliche Kontrolle des Friedens zu erreichen, bevor nicht Frankreich sich vor der Gefahr seiner großen Seeheer fühle, die ihm so schweres Leid angetan hätten. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwinden, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Das nehme lange Zeit in Anspruch und komme immer aus der Gegenwart. Nichts könne innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei, kein

dem Schiedsgericht angeht, sie zu verhindern oder nicht? Hier liegt, auch für Lloyd George, die neue Schwierigkeit. Die Situation — und die herauszuwandelnde Situation der nächsten Tage — kann am besten begriffen werden, wenn man jenen Satz Lloyd Georges und die Distributionspolitik der französischen Presse nebeneinander stellt.

In Vertretung der Berliner Wochenschrift der alliierten Mächte, die zuerst alle von Berlin absehend sind, haben, wie wir hören, heute vormittag die **Schlichter der Alliierten** im Auswärtigen Amt vorgeschrieben, um an die deutsche Regierung das angeordnete Schreiben zu richten. Sie müßte alle bisherigen Maßnahmen treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberdeutschland dienlich sind. Von dem Schreiben wurde Kenntnis genommen.

Der Widerhall in London und Paris.

Stellige französische Angriffe gegen Lloyd George. London, 16. August. (W. Z. B.) Die Presse stimmt den letzten Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause zu. **Daily Chronicle** schreibt, die Güter zu werben, weiter bezeichnen, da sie nicht nur für Großbritannien und Frankreich, sondern auch für das Bestehen der Welt sind. Die **Times** haben den auswertendsten ersten Ton und den klaren Wunsch Lloyd Georges hervor, den Frieden in Europa in enger Zusammenarbeit mit den Alliierten aufrecht zu erhalten und zu sichern. Es sei jetzt klar, daß die Entente aus den letzten Verhandlungen in Paris gelaßt, hervorgegangen sei. Das Blatt erklärt, die Welt könne einen Schiedsgerichts für die oberste politische Frage erreichen, wenn die Bedingungen, deren Nationalität und deren Stellung würden wichtige Faktoren für die Autorität der Entscheidung bilden. **Daily News** meinte, die Rede des Premierministers sei eine Darlegung der aus dem Angegebenen interessierten Großbritanniens und Frankreichs.

Paris, 17. August. (E. G.) Einige Pariser Morgenblätter nehmen Stellung zu Lloyd Georges gestriger Unterhausrede und greifen den eng-

einziges Schiff werde ohne Mitwissen der Alliierten vom Stapel gelassen, und sein Gescheh auf diese Schiffe gestellt, von denen die Alliierten nicht Kenntnis erhielten. Das gelte auch für Frankreich. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Macht vergleichbar sei. Der zweite Grund, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhängig sei, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bemächtigende, den der Krieg Deutschland selbst zugefügt habe. Dritten hängt die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache, und daß ein Anfangserfolg hinsichtlich der Ruin nur vergrößere, indem er die Folgen der Niederlage und die Strafen, die dem Angreifer auferlegt werden, nur vergrößere.

Über die kleinasiatische Frage sagte Lloyd George, daß man im Augenblick nichts Besseres tun könne, als die Kriegsführenden allein zu lassen. Wenn sie sich gegenseitig erschöpfen hätten, würde es wahrscheinlich leichter sein, mit ihnen zu verhandeln. Persönlich glaubt Lloyd George, daß es nötig sein werde, den Vertrag von Ankara zu ändern. Er hofft, daß die griechische Regierung nicht den Irrtum der bulgarischen begehen werde, indem sie unannehmbare Forderungen vorbringe. Zum Schluß sagte Lloyd George noch, daß die Vorkonferenz am 1. September stattfinden würde, wenn alle Nationen künftig auf der Welt sind, damit nicht nachts und Regierte wieder eine solche Konferenz wie 1914 herbeiführen.

Über die russische Situation erklärte Lloyd George, daß er nicht auf der Pariser Konferenz — er ist für die Idee der Volkswirtschaften sei — das politische Element herbeizurufen und die Hungersnot zu politischen Zwecken auszunutzen sollte. Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regierung von Moskau in den Hungergebieten unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Vorkonferenz der wirtschaftlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das Hilfswort organisieren, müßten selbst die Äußerung darüber haben, und das Hilfswort könne nur Erfolg haben, wenn in dem nicht heimgeleiteten Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Diese Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits am Ruhland gemachten Lieferungen anerkennen. An Frankreich seien Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Nahrungsbrot hatten, am Ausland in früheren Jahren zu helfen. An England befanden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Ausland geschickt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wollte, das Handelswelt dazu bewegen könnte, im jetzigen Augenblick einzugreifen, dann müßte sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne.

Lloyd George sagte weiter, die russische Hungersnot sei die furchtbarste Menschlichkeit seit Jahrhunderten, die die Welt betroffen habe. Es sei schwierig, Nachrichten zu erhalten. Zu seinem größten Leidwesen müsse er mitteilen, daß die Nachrichten, die die Regierung erhalten habe, auf eine furchtbare Katastrophe hinwiesen. Soeben sei ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, das besage, daß 35 Millionen Menschen hungerten. Die Bevölkerung der von der Hungersnot heimgesuchten Gebiete wachse, da sie wissen, daß keine Möglichkeit besteht, daß die Hilfe bei rechtzeitig erreicht, um sich vor der Hungersnot zu bewahren, in großen Massen nach verschiedenen Richtungen. Sie seien dem Tode geweiht. Dreißig von Hundert davon seien Kinder. Zahlreiche Kinder werden von den Eltern ihrem Schicksal überlassen.

Die russische Ministerpräsidenten in heftiger Weise an. **Berliner** erklärt im „Echo de Paris“, Lloyd George würde unbedingt, Frankreich würde glauben, daß er sich aus historischen und wirtschaftlichen Gründen in der oberste politischen Angelegenheit für Deutschland einsetze. Diese Gründe seien aber nicht stichhaltig; denn die historischen Gründe sprächen gegen Lloyd George (?), und selbst seine Zuelle, das englische Konservativisten, erklärten, daß östlich der Ober-Polen die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Lloyd George lege sich deshalb für Deutschland ein, weil er das höchste Gebiet zu seinem eigenen Oberste politischen, nämlich Irland, in Beziehung bringe (?). Aber dieser Parallelismus sei ihm erst vor einigen Tagen in den Sinn gekommen. Wenn er also Oberste politischen Dingen zuzweifeln, so würde das nur Irland wegen. Bei seinen geschäftlichen Kenntnissen müge er Frankreich verstehen, denn er ist nicht unparteiisch. Schon am 7. März habe er vor dem Obersten Rat erklärt, man müsse zwischen Oberste politischen und den Reparationen wählen. Dann sei man von einer objektiven Auslegung der Konferenz abgelenkt worden. Lloyd George lehne weit entfernt. Wenn Lloyd George Frankreich vorwerfe, es bestimme sich nur um seine Sicherheit, so werde Frankreich auch das Recht dazu haben. Denn die Argumente, die Lloyd George vorbringe, die Beschränkungen Frankreichs zu zerstreuen, seien nicht dazu angesetzt zu beruhigen. Die Abrechnung Deutschlands gegen Frankreich würde vorübergehende Garantie, deren Dauer General Rauffel auf nur fünf Jahre schätze (?). Um Frankreichs Ruhe zu garantieren, gäbe es nur ein Mittel, nämlich, daran zu denken, daß Frankreich Macht besitze, die es niemals gebrauchen wolle (?). Es sei aber gelegentlich bedauernswert. **Berliner** greift sodann heftig Brand an und erklärt, der Brand sei ein Vorfall der Alliierten betreffen wollte, sei man zu Zuständen gelang, die das Schicksal aller Allianzen seien. Man müßte sich fragen, ob Brand in Washington die kompromittierte Partie wieder auszuwickeln imstande sein werde. **Berliner** beweist dies. Er erklärt, man könne das Spiel nur gewinnen, wenn man in Frankreich wieder die Politik zur Geltung bringe, die man bisher verfolgt habe.

Mit ungewöhnlicher Heftigkeit wendet sich das **Journal** gegen Lloyd George. Es erklärt, daß Lloyd George seine Denkart immer noch nicht geändert habe. Wiederum habe man seine furchtbaren historischen Thesen hören müssen. Er begehrte jenseits Frankreichs. Doch stimmere es ihn nicht, ob Deutschland aus dem

Wie die Verwaltung demokratisiert wird

Aus der Praxis des Oberpräsidenten Noste.

Aus dem Regierungsbezirk Aachen wird uns geschrieben: Unter dem Ministerium Seegering wurde der Regierungspräsident v. Windheim als Kommissarischer Landrat nach Witten an der Ruhr geschickt. Bei der Wahl erhielt Herr v. Windheim von zwanzig Stimmen nur die neun Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei. Zehn Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Zehn Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Zehn Stimmen der Sozialdemokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei.

Das Mißtrauen des Rheinlandes.

Zur Aufhebung der Sanktionen.

Von unserem Korrespondenten

Es entspricht den Einschränkungen, unter denen der Oberste Rat die Aufhebung der Sanktionen beschließen hat, daß das Gefühl der Enttäuschung, mit dem der rheinische Geschäftsmann diesen langerwarteten Tag begrüßt, nicht ungetrübt ist. Außer der noch immer fortdauernden Belagerung der Städte Düsseldorf und Duisburg ist es die Errichtung einer Antitrübungsorganisation der rheinischen Einfuhr, die unter den interessierten Kreisen starkes Mißtrauen erweckt hat.

Die demokratische Jugendfrage.

(Von unserem Korrespondenten)

Am letzten Verhandlungstag — der vorletzte, hatte eine schöne, gemeinsame Kundgebung durch den Frankenthaler und abends einen Vortrag von Rudolf Krcicia (Wien) über „Unsere Stellung zur deutschen Jugendbewegung“ gebracht — wurde in Zusammenhang der bisher gehaltenen Arbeit das Thema „Demokratie und Deutsche demokratische Partei“ erörtert.

Um den freien Getreidehandel in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

In zahlreichen bayerischen Wäldereien waren unmittelbar vor der Weizenerhebung auch gegen Marken kein Brot und keine Getreidemenge mehr zu haben, was die Erregung der Bevölkerung noch steigerte.

Handball Capriccio.

Ein Etzsch soll eine außerordentliche Spannung bringen. In die Handlung banal und die Spannung mäßig, so ist Langeweile und Verwirrung der Zuschauer unvermeidlich.

Dem fünfzigjährigen Ostarr Friede schreibt Gerhard Hauptmann aus Hildesheim.

Wie Herr Friede! Sie wissen, wie herzlich wir Ihre Leben, d. h. Ihre Kunst, vermissen, Ihre ersten schmerzlichen Entwürfe für Wähler, dessen Früchte wir mitzubeleben dürfen, und alles Hoffische Ihrer großartigsten Persönlichkeit.

Peter Boborin, der alle und in seiner Heimat sehr populäre russische Schriftsteller, ist in Jugano in größter Armut am 12. August gestorben.

Therapiechronik.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater findet am 20. August die 100. Aufführung der Schwandoper „Die Reigen der Dill“ statt.

Kleine Mitteilungen.

Der Verlag Hoffmann u. Campe, der im Jahre 1781 von G. C. Hoffmann gegründet wurde, hat seinen 200sten Geburtstag gefeiert.

Obstruktion im Danziger Parlament.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Das Danziger Parlament beschäftigte sich gestern mit dem Entwurf der Weichselregulierung. Die bürgerlichen Parteien ließen den Verhandlungen fern und führten so die Beschlußfähigkeit des Hauses herbei.

Danzig, 16. August. (W. T. Z.)

Zu bei den Verhandlungen Danzigs und Polen über Eigentum und Weichselregulierung, die sich in den Linien im Gebiete der Freien Stadt Danzig, sowie im Hafenauslauf zwischen den Danziger und polnischen Mitgliedern über die Auslegung des Begriffs „Hafenbau“ keine Einigung erzielen konnte, hat der Oberkommissar des Völkerbundes, Harding, entschieden, daß die Weichselnauher des Hafens in Danzig als Hafensystem zu betrachten sind.

Die Wiederaufbauverhandlungen.

Noch keine Antwort auf die deutschen Gegenangelegenheiten.

Die deutsch-französischen Wiederaufbauverhandlungen sind gegenwärtig unterbrochen. Diese Unterbrechung ist auf die Teilnahme des französischen Außenministers Luchaire an den Beratungen des Obersten Rates sowie auf die anderweitige Beanpruchung des französischen Vertreters Zantzen durch die Stipulation der internationalen Finanzkonferenz zurückzuführen.

Die Kommunisten und die neuen Lohnkämpfe.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Nicht weniger als die Forderung einer hundertprozentigen Lohnverhöhung beschäftigen die Kommunisten angewandten, um die Arbeiterklasse in eine neue Lohnbewegung hineinzubringen. Ziele Forderung wird in einem Rundschreiben geteilt, das der Führer der Hamburger Kommunisten, Franz, an die Aktionskommission und Betriebsräte richtete.

Rückgabe von Eisenbahnmaterial.

Die Lieferungen an Belgien und Frankreich.

Bis zum 31. Juli 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 288 des Friedensvertrages zurückgegeben: In Belgien: 9734 Staatsbahnwagen, 145 Privatwagen. In Frankreich: 4268 Staatsbahnwagen, 464 Privatwagen, zusammen 14691 Fahrzeuge.

Die Wiederaufbauverhandlungen.

Alleinliche Baubetriebe in ganz Süddeutschland.

Somit ist unter den Tarifverträgen für das Baugewerbe fallen, wurden von den Arbeitgebern gesperrt, da die Arbeitnehmer in einen unberechtigten Streik getreten waren und die Anerkennung eines Schiedsprüds abgelehnt hatten.

Rückgabe von Eisenbahnmaterial.

Die Lieferungen an Belgien und Frankreich.

Bis zum 31. Juli 1921 einschließlich wurden insgesamt gemäß Artikel 288 des Friedensvertrages zurückgegeben: In Belgien: 9734 Staatsbahnwagen, 145 Privatwagen. In Frankreich: 4268 Staatsbahnwagen, 464 Privatwagen, zusammen 14691 Fahrzeuge.



Wissenschaftliche Nachrichten. Prof. Dr. A. Windmann in Köln hat den von der Universität Köln neu gegründeten Lehrstuhl für Kunstgeschichte übernommen.

Die Rechtsprechung
der gemischten Schiedsgerichtshöfe.

Von
Dr. Bruno Well, Rechtsanwalt und Notar (Berlin).

In dem Gebiete der alten österreichischen Botschaft in Paris, im dem Gelände der alten österreichischen Botschaft in Paris, im dem Gelände der alten österreichischen Botschaft in Paris, im dem Gelände der alten österreichischen Botschaft in Paris...

herbeiführt zu sehen, während zum Beispiel nach der innerstaatlichen französischen Liquidationsgesetzgebung jedes...

Dabei bleibt eine grosse Schwierigkeit die Frage der Vertretung der deutschen Interessen vor diesen Gerichtshöfen. Die deutschen Staatsvertreter allein werden die Aufgabe nicht bewältigen können...

Die Abschwächung der ausländischen Devisenkurse macht sich am heutigen Devisenmarkt bemerkbar. Nachdem im Laufe des gestrigen Nachmittags die Preise der ausländischen Zahlungsmittel weiser scharf angezogen hatten...

Die Mehrzahl der veröffentlichten Entscheidungen stammt aus dem Liquidationsrecht. Deutschland hat alle Zwangsmaßnahmen...

Die bei weitem überraschendste Bedeutung hat aber in den bisherigen Entscheidungen die Zuständigkeitstreitfrage. Nach dem Friedensvertrag haben die gemischten Schiedsgerichtshöfe Streitigkeiten zu entscheiden, welche „gemäss den Abkommen III, IV, V, und VII zu ihrer Zuständigkeit gehören“...

bekommen. Roggen wird von der Millerei noch immer wenig oder doch nur für andere Lieferungen gefordert, während nach der Provinz für die Landwirte Material untergebracht ist...

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse per 100 kg ab Station: Weizen, märkischer 44-42 August, schlesischer 49 bis 48 August, ruhig, Roggen, märkischer 38-35 August, pommerischer 34-32 August...

Hamburg, 17. August. (Privat-Telegramm.) Die Verwirrung auf dem Devisenmarkt ist in Börsenverkehr und zwar auf dem Montanmarkt und in anderen Industriepreisen stark zurückgefallen...

Ausfall der Abendbörse in Frankfurt a. M. Der Frankfurter Börsenstand ist bekannt, dass vom Mittwoch, den 17. August bis einschliesslich Freitag, den 26. August keine Abendbörse stattfindet.

Die Krise
in der internationalen Schifffahrt.
Zur Reorganisation der United States
Mail Steamship Company.

In unserer heutigen Morgenausgabe haben wir eine Meldung von Boesmanns Telegraphenbureau wiedergegeben, nach der die Meldung, dass die United States Mail Steamship Co. sich in den Händen des Konkursverwalters befinde, nicht richtig sei...

New-York, 16. August. (Privat-Funknachricht.) Die Marktdesice erlitt heute keine nennenswerte erhebliche Veränderung. Die Notiz stellte sich anfangs auf 1,05 G., 1,06 B., stieg in Verluste der Börse bis auf 1,11, um dann schliesslich wieder auf 1,07 zurückzugehen...

Table with columns: Bankdiskont, Devisen, and other financial data. Includes entries for Holland, Danemark, Norwegen, Finnland, Schweden, Österreich, Ungarn, Tschubo-Slow., Amerika, Belgien, England, Frankreich, Italien, Rumänien.

Berliner Produktverkehr. Nach der erneut starken Erweitung des öffentlichen Marktes in New-York hat es den Nachbarbörsen wesentlich höhere Notierungen gebracht, und dementsprechend war auch hier die Devisennotiz des Dollars billiger als gestern...

Wagenmangel in der Kallindustrie. Von interessierter Seite wird uns über die Wagenmangel in der Kallindustrie geschrieben: Die Wagenzustellung ist seit Wochen so schlecht, dass die Werke die Aufträge zum grossen Teil nicht ausführen und infolgedessen auch die Feuerbehalten der Arbeiter nicht aufheben können...

Weitere Handelsnachrichten auf der 4. Seite.]

